

BRIEF ADOLF HITLERS AN DEN UNGARISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN PÁL TELEKI (14. MAI 1940)

Berlin, 14. Mai 1940

Euere Exzellenz !

Auf Ihr Schreiben vom 17. April habe ich den Reichsaußenminister beauftragt, den mir von Ihnen mitgeteilten Vorschlag der Königlich Ungarischen Regierung, Vertreter Ungarns, Italiens und Deutschlands zusammenkommen zu lassen, um die Haltung der drei Mächte gegenüber etwaigen neuen Entwicklungen auf dem Balkan zu besprechen, eingehend zu prüfen und dabei auch Fühlung mit der italienischen Regierung zu nehmen. Auf Grund dieser Prüfung möchte ich Ihnen nunmehr die Ansicht der Reichsregierung zu den Problemen mitteilen.

Die allgemeinen Gesichtspunkte, durch die die deutsche Politik gegenüber den Balkanstaaten bestimmt wird, ergeben sich von selbst daraus, daß Deutschland natürlich grundsätzlich nicht im Widerspruch zu seinen eigenen Interessen handeln kann, daß es ferner auf dem Balkan nichts ohne das ihm verbündete Italien unternommen wird, und daß es endlich entschlossen ist, in Übereinstimmung mit dem von ihm im letzten Herbst mit der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt zu bleiben.

Das eigene Interesse Deutschlands, das in dem ihm aufgezwungenen Existenzkampf alle seine Kräfte auf das eine Ziel des Sieges über seine Gegner zu konzentrieren gewillt ist, geht nach wie vor dahin, wenn irgend möglich den Frieden und die Ruhe auf dem Balkan nicht gestört zu sehen. Die Interessen Italiens liegen, wie durch die gemeinsame Aussprache hierüber erneut festgestellt wurde, durchaus in der gleichen Linie. Auch der Sowjetunion dürfte unserer Auffassung nach an irgendwelchen gewaltsamen Veränderungen auf dem Balkan nicht gelegen sein.

Dementsprechend wünscht Deutschland, das ausschließlich wirtschaftliche Interessen auf dem Balkan verfolgt, mit allen dortigen Staaten politisch und wirtschaftlich gute Beziehungen zu unterhalten. Die von den Feindmächten ausgestreuten Gerüchte, die immer wieder versuchen, Deutschland die Ansicht eines militärischen Vorgehens auf dem Balkan unterzuschieben, sind völlig abwegig. Es ist klar, daß die Gegner Deutschlands solche Versuche nur unternehmen, um - sei es durch die Erzeugung einer nervösen Atmosphäre - deutsche Truppen auf dem Balkan zu binden und Sabotageakte gegen lebenswichtige wirtschaftliche Verbindungen der Achsenmächte zu begünstigen, oder um gegebenenfalls hierdurch eigene aggressive Absichten zu tarnen.

Ich bin aber außerdem überzeugt, daß die auf die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan gerichtete Politik der Achsenmächte am Ende auch den Interessen Ungarns entspricht. Ebenso wie ich glaube, daß das freundschaftliche Zusammengehen mit Deutschland und Italien für Ungarn schon bisher nicht unwesentliche Vorteile mit sich gebracht hat, wird - wie mir scheint - auch in Zukunft eine mit der deutsch-italienischen Haltung übereinstimmende ungarische Politik nicht nur keine Opfer von Ungarn verlangen, sondern sich auch weiterhin zum Nutzen des ungarischen Volkes auswirken. Eine Politik, die in der gegenwärtigen Situation auf dem Balkan neue Entwicklungen anzubahnen oder zu begünstigen suchte, die zur Vermehrung der allgemeinen Spannung führen könnten, würde zwar vielleicht in ihrem Beginn, nicht aber in ihrem Ausgang übersehbar sein.

Unter diesen Umständen halte ich es für bedenklich, jetzt eine die internationale Öffentlichkeit sicher stark erregende Zusammenkunft deutscher, italienischer und ungarischer Vertreter zur Besprechung von Balkanfragen zu veranstalten. Diese Bedenken werden von der italienischen Regierung geteilt. Auch diese ist der Meinung, daß eine Zusammenkunft mit so eindeutiger Tendenz daher bei der heutigen Lage im übereinstimmenden Interesse der drei Mächte vermieden werden sollte.

Ich freue mich aber, zu hören, daß Eure Exzellenz die Absicht haben, demnächst mit dem Herrn ungarischen Außenminister, Graf Csáky, nach Berlin zu kommen. Wenn ich auch infolge der inzwischen eingetretenen Ereignisse derzeit noch nicht übersehen kann, wann ich in der Lage sein werde, Eure Exzellenz bei mir begrüßen zu können, habe ich doch den Reichsaußenminister beauftragt, dieserhalb mit Ihnen in Fühlung zu bleiben und zur gegebenen Zeit dann das Nähere zu vereinbaren.

Ich bitte Eure Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen.

Adolf Hitler

BEILAGE

AUFZEICHNUNG DER REICHSREGIERUNG FÜR DIE UNGARISCHE REGIERUNG

Im Gegensatz zu unserer gestrigen Mitteilung, „Deutschland nehme nicht an, daß Ungarn seinerseits beabsichtige, jetzt wegen seiner Revisionswünsche das Risiko eines Konfliktes mit Rumänien auf sich zu nehmen“, erhält die Reichsregierung soeben Nachrichten über Zwischenfälle ernsterer Art an der ungarisch-rumänischen Grenze.

Ebenfalls wird mitgeteilt, daß die ungarische Regierung sich mit der Antwort der rumänischen Regierung, wonach die rumänische Mobilmachung eine Vorsichtsmaßnahme, die nicht gegen Ungarn gerichtet sei, nicht zufrieden gegeben habe, darüber hinaus kommen Nachrichten nach Berlin, daß ungarische Truppen in erheblichem Ausmaße mobil gemacht worden sind und die ungarische Regierung dem Gesandten Erdmannsdorff die Mobilmachung einzelner Truppenteile mitgeteilt habe. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte die Reichsregierung der ungarischen Regierung gegenüber den deutschen Standpunkt noch wie folgt präzisieren.

Grundsätzlich ist die Reichsregierung an den Fragen des Balkans desinteressiert. Sie wünscht, daß im Interesse aller der Balkan nicht zum Kriegsschauplatz wird, hat daher die friedliche Einigung zwischen Sowjetrußland und Rumänien begrüßt. Deutschland hat Verständnis für berechnete ungarische Revisionsforderungen. Ungarn darf aber von Deutschland nicht erwarten, daß es für diese ungarischen Forderungen zu den Waffen greift. Der Reichsminister vermag nicht zu sehen, welchen Zweck Ungarn mit seinen Mobilmachungsmaßnahmen verfolgt.

Auch die ungarische Regierung dürfte sich darüber klar sein, daß ein Angriff Rumäniens auf Ungarn außer jeder Diskussion steht. Sollte daher die ungarische Regierung wider Erwarten versuchen, mit Gewalt ihre Revision durchsetzen zu wollen, so tut die ungarische Regierung dies ausschließlich auf eigene Verantwortung. Die Reichsregierung

glaubt, die ungarische Regierung darauf aufmerksam machen zu müssen, daß wohl der Beginn eines solchen Krieges zu übersehen ist, nicht aber seine weitere Entwicklung, all die Folgen, die nach der gegebenen Lage auf dem Balkan aus einem solchen Krieg für Ungarn entstehen könnten.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Beurteilung dieser Frage in erster Linie eine ungarische Angelegenheit ist, möchte aber nicht verfehlen, unmißverständlich darauf hinzuweisen, daß sie nicht gewillt ist, Ungarn in etwaigen Schwierigkeiten oder Verwicklungen, die sich aus einem solchen Vorgehen für Ungarn ergeben sollten, irgendwelchen militärischen Beistand zu leisten. Der Reichsaußenminister möchte noch dazufügen, daß er der Auffassung ist, daß zu einer gelegeneren Zeit eine Revision ohne den gewaltsamen Weg zu beschreiten, durchgeführt werden kann und daß die Reichsregierung sich für solche Revisionsforderungen dann einsetzen würde.

[Quelle: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Aussenpolitik (1933-1944), Budapest 1966, S. 263-265.]